

## Soap Opera, Verfassungsrealität und Kirchenmacht: Zur Lage der Demokratie auf den Philippinen

Ariel Macaspac\*, 18. Mai 2004

Am 10. Mai wählten die philippinischen Bürger ihren Präsidenten sowie ihre Parlaments- und kommunalen Vertreter. Die dritten demokratischen Wahlen nach dem Zusammenbruch der Diktatur von Ferdinand Marcos zeigten, dass sich die junge philippinische Demokratie zwar auf dem Weg der Konsolidierung befindet. Dieser Weg führt jedoch über viele Abweichungen und Irrlichter. Es liegt nicht nur an den Inszenierungszwängen moderner Medienöffentlichkeit, dass Schauspieler, Basketball Profis, TV-Moderatoren, Fernsehpfarrer, ehemalige Softpornodarstellerinnen, Misswahlgewinnerinnen, Sänger, und nicht zuletzt Hellscherinnen in politische Ämter gewählt wurden. Illustre Persönlichkeiten dominieren die Wahlen auch deshalb, weil die meisten Bürger sich weder an politischen Programmen und Parteien, noch an Qualifikationen und Erfahrungen orientieren, sondern vor allem an Reputation und Charisma. Wer sind diese Persönlichkeiten? Sie gehören meistens zu denselben Familien, Clans und Freundeskreisen. Die politischen Eliten scheinen ihre Bündnisse beliebig zu wechseln, programmatische Interessen und Beweggründe sind jedenfalls nicht erkennbar. Persönliche Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen innerhalb der Eliten haben entscheidende Bedeutung für die Zusammensetzung von Regierung und Opposition.

Politik auf den Philippinen ist eine moderne Soap Opera, in der alle möglichen und unmöglichen Probleme auftauchen. In der theatralischen Inszenierung politischer Öffentlichkeit manifestiert sich die einzigartige politische Kultur des Landes – zwischen asiatischen Traditionen, spanischen Einflüssen und amerikanischen Kulturmustern aus der Kolonialzeit. Der Wahlkampf zeigte, mit welchen gravierenden Problemen der demokratische Wettbewerb unter diesen Rahmenbedingungen befrachtet ist. Nach Informationen der Regierung wurden während der Wahlperiode 141 Menschen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf ermordet<sup>1</sup>. Nach Angaben der philippinischen Polizei ist dieser Wahlkampf der blutigste seit 20 Jahren. Beispielsweise erschoss die Polizei einen Aktivisten, der versuchte, Wahlmaterialien zu stehlen. Der Wahlhelfer eines lokalen Politikers wurde von Unbekannten getötet, vermutlich von der „privaten“ Armee des Gegenkandidaten. Ein Kandidat fiel einer radikalen kommunistischen Gruppe zum Opfer, weil er sich geweigert hatte, eine „revolutionäre Steuer“ zu zahlen. Das Ausmaß an Gewalt hat auch diesmal wieder die Freiheit und Fairness der Wahlen stark beeinträchtigt.

Die 43,5 Millionen Wahlberechtigten *Pinoys* wählten den Präsidenten, alle 212 Abgeordneten der ersten Kammer und die Hälfte der 24 Senatoren, die die zweite Kammer des Parlaments bilden. Außerdem wurden 17.250 der 200.000 Kandidaten für die lokalen Ämter sowie die Vertreter der nationalen Minderheiten gewählt, durch das *Party-List System*, in dem NGOs Sitze im Kongress vergeben werden. Diese Wahlen stellen insofern eine Premiere dar, als 200.000 philippinische Staatsbürger im Ausland als *overseas absentee voters* zum ersten Mal per Briefwahl an den Wahlen teilnehmen können. Dies ermöglichte den acht Millionen philippinischen Gastarbeitern im Ausland, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Die offiziell verkündete Wahlbeteiligung von 81,5% sollte einen hohen Grad an politischer Partizipation demonstrieren. Kritiker meinten dazu, dass die Wahlbeteiligung wohl abnehme, wenn man allen Verstorbenen das Wahlrecht entzöge. Allerdings konnten, wie ein privates Umfrageinstitut feststellte, etwa 900.000 registrierte Wähler (2,5% aller registrierten Wähler) ihre Stimme nicht abgeben, weil sie ihren Namen und ihren Wahlbezirk nicht finden konnten.

Anfang 2004 stellte die Wahlkommission (COMELEC) ihren Plan ein, ein modernes Verfahren zur Wahlregistrierung und zur Stimmzählung durchzuführen, als der oberste Gerichtshof dies für verfassungswidrig erklärte. So kam es zu einem Skandal in einem Wahlbezirk in Manila, in dem mehr Wähler registriert wurden, als der Bezirk laut amtlicher Statistik Einwohner besitzen dürfte.

Die Wahlen fanden in einer Gesellschaft statt, die seit jeher durch große Armut geprägt ist. Nach Angaben der Weltbank leben 46,4 Prozent der Filipinos von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Das Land ist reich an Ressourcen, die allerdings nur von einer kleinen Zahl von Eliten kontrolliert werden, meistens spanischer und amerikanischer Herkunft. Die Armut zwingt viele Filipinos im Ausland zu arbeiten, um ihre Angehörigen zu unterstützen. Armutsbedingte Migration zerreisst die Familien und bedeutet große Entbehrungen für heranwachsende Kinder. Etwa acht Millionen Filipinos – ein Heer von Hausangestellten, Matrosen, Bauarbeitern, Bargirls und Krankenschwestern – überweisen insgesamt etwa acht Milliarden US-Dollar in die Heimat, was einem Fünftel des Bruttoinlandproduktes entspricht. Die zunehmenden Einkommensunterschiede verursachen soziale Spannungen, die im Wahlkampf kulminierten.

Trotz der allgemeinen Armut verschlangen die Wahlkampagnen ungeheure Summen. Die staatliche Wahlkommission erlaubt pro Kandidat sowohl für die Präsidents- und Vizepräsidentenämter als auch für die Senatoren Ausgaben von 8,6 Millionen Dollar. Allerdings gibt es keine effektive Kontrolle ihrer Ausgaben. Im Hinblick darauf, dass ein Präsident laut Verfassung ein Jahresgehalt von etwa 5000 US-Dollar bezieht, sind seine Wahlkampfkosten extrem hoch. Um den Wahlkampf finanzieren zu können, müssen die Kandidaten private Geldgeber finden, die für ihre Zuwendungen entsprechende Gegenleistungen erwarten. So entstehen Netze von Abhängigkeiten um die politischen Amtsinhaber.

Die anhaltend große Bedeutung der Religion in der philippinischen Gesellschaft verleiht der Kirche nach Auffassung vieler Experten maßgeblichen Einfluss auf den Wahlausgang. Kurz vor dem Wahltag drängten viele Politiker darauf, die Unterstützung der verschiedenen religiösen Gruppen zu bekommen. Laut dem East-West Center, einem amerikanischen *think tank*, könnten charismatische religiöse Gruppen eine entscheidende Rolle bei den Wahlen spielen. Die zwei bis vier Millionen wahlberechtigten Angehörigen der christlichen Sekte *Iglesia ni Cristo* stimmen traditionell für den von den Sektenführern empfohlenen Kandidaten. Alle Präsidentschaftskandidaten, die eine charismatische katholische Gruppe, *El Shaddai*, unterstützt hatte, haben in der Vergangenheit die Wahlen gewonnen. Ohne die Unterstützung kirchlicher Kreise kann kein Politiker erfolgreich regieren.

Die Kirchen mischen sich trotz der in der Verfassung verankerten Trennung von Kirche und Staat ständig in politische Entscheidungen ein, insbesondere in Fragen der Geburtenkontrolle, der Zensur von „unmoralischen“ Filmen oder der Ehescheidung. Sie spielten eine wesentliche Rolle beim Sturz der zwei letzten Präsidenten ebenso wie im Jahre 1986, als der Diktator Ferdinand Marcos durch einen populären Putsch gestürzt wurde. Die katholische Kirche mobilisierte die Massen, auf die Straßen zu gehen und die Regierungstruppen daran zu hindern, die Putschisten niederzuschlagen. Im Jahr 2001 entzogen die Kirchen dem Präsidenten Joseph Estrada die moralische Legitimität. Millionen von Menschen demonstrierten auf der Straße und erreichten, dass Estrada die Regierungsgeschäfte der Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo überliess. Die Kirchen sind fähig, in kürzester Zeit eine große Zahl von Demonstranten zu mobilisieren.

Noch einen Monat vor dem Wahltermin lag die amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in Umfragen knapp hinter ihrem Herausforderer Fernando Poe Jr. Wenige Wochen vor den Wahlen erklärten diverse Kirchen und Sekten ihre Unterstützung für Arroyo. Bei der letzten Umfrage unterstützten 37 Prozent der Befragten Arroyo, während die Unterstützung für Fernando „FPJ“ Poe Jr. auf 30 Prozent zurückfiel<sup>2</sup>. Dies belegt den großen Einfluss der geistlichen Autoritäten. Die Präsidentin kann nun mit einem deutlichen Stimmenzuwachs rechnen. Ein Kandidat für das höchste Amt ist sogar ein berühmter Fernsehpfarrer, der seine eigene christliche Sekten gegründet hat und erwartet, dass er zwei Millionen Stimmen erhält. Nach den Umfragen hat er allerdings keine Chance, sich gegen die Hauptfavoriten durchzusetzen.

Die Ergebnisse der Wahlen werden erst in zwei Monaten vorliegen, da die philippinische Verfassung eine manuelle Stimmauszählung verlangt. Das Verfassungsgericht lehnte eine Reform des Wahlrechts mit der Begründung ab, dass diese eine Verfassungsänderung voraussetze. Die bisherigen Versuche einer Verfassungsänderung sind immer aufgrund des Widerstands der katholischen Kirche gescheitert. Auch wenn noch nicht endgültig entschieden ist, wer die Wahlen gewonnen hat: das Ziel einer stabilen Demokratie haben die Philippinen mit diesen Wahlen noch nicht erreicht.

\* Student der Politikwissenschaft, Universität München; Praktikant am Centrum für angewandte Politikforschung ([www.cap.lmu.de](http://www.cap.lmu.de)).

<sup>1</sup> Inquirer News Service, „Election death toll rises to 141.“ Philippine Daily Inquirer, 13. Mai, 2004

<sup>2</sup> Atenco, Joel, C. und Jenny Manongdo, “300,000 Namfrel volunteers ready,” Manila Bulletin, 10. Mai, 2004